

Drucks.-Nr. 9672/2020-2025

.-aktualisierte Fassung-



DIE LINKE.
Ratsfraktion Bielefeld



An den
Oberbürgermeister der Stadt Bielefeld
Herrn Pit Clausen

im Hause

Zur Sitzung des Bielefelder Stadtrates am 06.03.2025 stellen wir folgenden Antrag:

Selbstbestimmt statt Bezahlkarte! Opt-Out Regelung zur Bezahlkarte für Geflüchtete in Bielefeld

Der Rat möge beschließen:

Der Rat Stadt Bielefeld nutzt die Opt-Out Regelung, um die sogenannte Bezahlkarte für Geflüchtete im Zuständigkeitsbereich der Stadt nicht einzuführen. Die Verwaltung wird beauftragt, die notwendigen Schritte im Rahmen der Verordnung gegen die Einführung einer Bezahlkarte im Asylbewerberleistungsgesetz (Bezahlkartenverordnung NRW-BKV NRW § 4) gegenüber dem Land NRW vorzunehmen.

Begründung

Ausgehend von einer Vereinbarung der Ministerpräsident*innen und des Bundeskanzlers Ende 2023 haben Bundestag und Landtag die Einführung einer Bezahlkarte für die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG) beschlossen. Im Dezember 2024 haben Landtag und Landeskabinett im Rahmen einer Verordnung die Umsetzungsform für NRW beschlossen. Darin ist eine Opt-Out Regelung enthalten, laut der die Gemeinde abweichend beschließen kann, die Bezahlkarte in ihrem Zuständigkeitsbereich nicht einzuführen. Über die Bezahlkarte und ihre diskriminierenden Effekte gab es in den vergangenen Monaten eine intensive politische Debatte und zahlreiche Stellungnahmen von Expert*innen. Für die Stadt Bielefeld kommt hinzu, dass eine Einführung keine Vereinfachung oder Verbesserung für die Geflüchteten oder für die Stadtverwaltung bringen würde. Fast alle Geflüchteten erhalten die Leistungen heute auf ein eigenes Girokonto auf Guthabenbasis, dessen Vorteile überwiegen.

gez.

Riza Öztürk
SPD-Fraktion

Christina Osei
Fraktion B'90/Die Grünen

Bernd Vollmer
Fraktion Die Linke

Bielefeld, den 27.02.2025